

Jagdgebrauchshundverband e.V.

Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. - Jagdkynologische Vereinigung

JGHV- LV RLP e.V. * Carl Heinrich-Grube 1 * 56218 Mülheim-Kärlich

An den Herrn Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Peter-Altmeier-Allee 1 55116 Mainz Vorsitzender Manfred Marschall

56218 Mülheim-Kärlich Carl Heinrich-Grube 1 Telefon 02630-2239 Telefax 02630-944117 Email info@jkv-rlp.de Handy 0151-10848053

Offener Brief

Mülheim-Kärlich, den 03.06.2025

"Tierschutzgerechte Ausbildung unserer Jagdhunde darf nicht ideologischen Verboten geopfert werden"

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Alexander Schweitzer, sehr geehrte Mitglieder des Landtags Rheinland-Pfalz, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger unseres Landes,

mit großer Sorge beobachten wir, dass die Landesregierung im Rahmen der geplanten Novellierung des Landesjagdgesetzes ein pauschales Verbot der Ausbildung von Jagdhunden an vorübergehend flugunfähig gemachten Enten anstrebt – dies entgegen der eindeutigen Empfehlung des Landestierschutzbeirats und der Beteuerung, zumindest einer Erprobung dieser Methode zuzustimmen, wenn der Landestierschutzbeirat zustimmt.

Diese Form der Ausbildung – wissenschaftlich begleitet und unter streng kontrollierten Bedingungen durchgeführt – wurde vom Landestierschutzbeirat mit großer Mehrheit ausdrücklich als tierschutzgerecht befürwortet. Sie dient dem Schutz von Tier und Umwelt gleichermaßen, denn eine mangelhafte Ausbildung von Jagdhunden führt in der Praxis zu vermeidbarem Tierleid bei der Jagdausübung. Die sogenannte "Professor-Müller-Methode" verfolgt das Ziel, Hunden in der Ausbildung die notwendigen Fähigkeiten beizubringen, um bei der Jagd verletzte Tiere sicher zu finden und tierschutzgerecht zu bergen.

Blatt 2:

Dass diese fundierte Empfehlung nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen wurde, ist nicht

nur fachlich unverständlich, sondern wird in der Jägerschaft als Wortbruch und Missachtung

tierschutzpraktischer Kompetenz empfunden. Wir haben diese Bedenken bereits mit Schrei-

ben vom 22. Mai 2025 an Sie, Herr Ministerpräsident, übermittelt – bis heute haben wir darauf

keinerlei Antwort erhalten.

Diese ausbleibende Reaktion werten wir als Ausdruck politischer Ignoranz gegenüber einem

zentralen Tierschutzanliegen. Da in anderen Bundesländern eine tierschutzgerechte Ausbil-

dung unter kontrollierten Bedingungen und in enger Abstimmung mit den Veterinärbehörden

möglich ist, wäre das auch in Rheinland-Pfalz ein gangbarer Weg. Stattdessen lagert man in

Rheinland-Pfalz die Umsetzung des Tierschutzgedankens bei der Ausbildung und Prüfung ge-

eigneter Jagdhunde in andere Bundesländer und das benachbarte Frankreich aus.

Wir fordern Sie daher nachdrücklich und öffentlich auf, Ihrer politischen Verantwortung gerecht

zu werden:

Setzen Sie das um, was uns zugesagt wurde! Verzichten Sie auf ein unsinniges tierschutzwid-

riges Verbot und unterschreiben Sie die mit dem Landestierschutzbeirat abgesprochene

"Mainzer Vereinbarung".

Achten Sie die Fachkompetenz der tierschutzkundigen Mitglieder des Landestierschutzbei-

rats, wenn es nach der verabredeten Erprobung darum geht, für unser Bundesland eine dau-

erhafte Lösung zu finden.

Hören Sie auf jene, die Hunde ausbilden und führen! Nehmen Sie unsere Expertise ernst und

treten Sie mit uns in einen konstruktiven Dialog.

Für den JGHV/Landesverband RLP e.V.

Tierschutz ist nicht teilbar – Jagd ohne brauchbaren Hund ist Schund!

Manfred Marschall

2